



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Frau Knaup

Telefon: (0221) 221 29661

Fax: (0221) 221 29166

E-Mail: maria.knaup@stadt-koeln.de

Datum: 05.02.2014

Niederschrift

über die Sitzung der **Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 20.01.2014, 17:30 Uhr bis Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jochen Saurenbach	Bartmänner Köln e.V.
Herr Pascal Siemens	KLuST e.V.
Frau Ina Wolf	KLuST e.V.
Frau Dr. Beate Blatz	Sozialwerk für Lesben und Schwule e.V.
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln
Herr Michael Schuhmacher	Aidshilfe Köln e.V.
Herr Michael Lohaus	SC Janus e.V.
Frau Dagmar Ziege	SC Janus e.V.

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Michael Gabel	proKöln

Verwaltung

Frau Beigeordnete Henriette Reker	Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt (V)
Frau Nina Rehberg	Diversity - Leitung (5001)
Herr Christian Rahmfeld	Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001-3)
Frau Maria Knaup	Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001-3)
Herr Bernd Götting	Amt für öffentliche Ordnung (32)
Frau Barbara Steinraths	Amt für Soziales und Senioren (501)
Herr Klaus-Peter Völlmecke	Amt für Kinder, Jugend und Familie (511)

Frau Inge Steinbach	Amt für Kinder, Jugend und Familie (512-5-1)
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt (61)
Herr Gerald Hennen	SchLeKs
Frau Andrea Remke	SchLeKs

Gäste

Frau Claudia Wallerius	Polizeipräsidium Köln
Herr Armin Lohrmann	Völklinger Kreis e.V.
Herr Stefan Meschig	RUBICON Beratungszentrum für Lesben und Schwule
Herr Thorsten Kehrmann	
Herr Oliver Janotta	

Entschuldigt fehlen:

Frau Charlotte Widmann	TX Koeln
Herr Daniel Nott	Jugendzentrum anyway
Herr Thomas Haas	Jugendzentrum anyway
Frau Carolina Brauckmann	RUBICON Beratungszentrum für Lesben und Schwule
Herr Clemens Wittenbrink	Rheinfetisch e.V.
Herr Franco Prandi	Personal- und Organisationsamt (111/2)
Frau Monika Blättermann	Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften (III-1)

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung**
- 3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 4 Diversity**
 - 4.1 Vorstellung der neuen Leitung der Punktdienststelle Diversity
 - 4.2 Sachstand Diversity
- 5 Adoption**
 - 5.1 Adoptionsbewerberauswahl - Verwaltungsanfrage der Stadt AG LST
- 6 Sachstandsberichte und Mitteilungen**
 - 6.1 Homophobie im Fußball
- 7 Berichte aus Ausschüssen**
 - 7.1 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender: Bebauungspläne zum Ausschluss von Vergnügungsstätten 3949/2013
- 8 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen**
- 9 Anfragen/Anträge**
- 10 Öffentlichkeitsarbeit**
- 11 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 12 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Herr Rahmfeld eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass Frau Reker wegen eines Termins beim Oberbürgermeister etwas verspätet sei. Er begrüßt alle Anwesenden zur ersten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender (Stadt AG LST) im neuen Jahr und zur vorletzten Sitzung vor der Kommunalwahl. Er begrüßt Frau Müller vom Stadtplanungsamt, die auch eine Mitteilung als Stellungnahme für den Tagesordnungspunkt 7.1 eingebracht habe. Weiterhin begrüßt er Herrn Völlmecke vom Jugendamt und Herrn Meschig vom Beratungszentrum Rubicon, welche zum Thema Adoption anwesend seien. Zu diesem Thema sei auch ein schwules Elternpaar, Herr Thorsten Kehrmann und Herr Oliver Janotta, anwesend. Er bitte die stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG LST, Herrn Meschig, Herrn Kehrmann und Herrn Janotta Rederecht einzuräumen. Er bitte um Handzeichen. Die Mitglieder der StadtAG LST stimmen einstimmig ohne Enthaltungen dafür. Christian Rahmfeld gibt das Wort an Frau Reker, die den Sitzungssaal nun betreten hat.

Frau Reker begrüßt alle anwesenden Damen und Herren, die Bürgermeisterin, die Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich im neuen Jahr. Sie entschuldige sich für ihr Zuspätkommen und richte Grüße vom Oberbürgermeister aus, welcher ausrichten lässt, dass er der StadtAG LST die Antwort auf ihr Schreiben in Kürze zukommen lässt.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

Frau Reker fragt, ob die Tagessordnung als genehmigt gelte - dem wird zugestimmt. Weiterhin wird die Niederschrift der letzten Sitzung von den Mitgliedern der Stadt AG genehmigt.

3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

4 Diversity

4.1 Vorstellung der neuen Leitung der Punktdienststelle Diversity

Frau Reker gibt das Wort an Frau Nina Rehberg, die neue Punktdienststellenleitung Diversity.

Frau Rehberg: Sie freue sich sehr, das erste Mal an der Sitzung teilnehmen zu dürfen. Sie habe zum 1.12.2013 ihre Tätigkeit aufgenommen.

4.2 Sachstand Diversity

Frau Rehberg: Sie möchte einen Ausblick auf das kommende Jahr geben. Die Mitteilung (0154/2014) liege als Tischvorlage aus. Die Punktdienststelle Diversity sei in der

Rheingasse 11, 50676 Köln zu finden. Zur Punktdienststelle gehörten neben der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender auch die Fachstelle Behindertenpolitik und das kommunale Integrationszentrum (KIZ). Man werde gemeinsam daran arbeiten, ein neues Diversity-Management-Konzept für die Stadt Köln zu entwickeln. Die kommenden Monate sollten dafür genutzt werden, innerhalb der Dienststelle das Teambuilding voranzutreiben und eine Basis zu schaffen, wie dieses Diversity-Management-Konzept aussehen sollte. Die Stadt Köln sei im Jahr 2008 als erste Stadt der „Charta der Vielfalt“ durch Unterzeichnung beigetreten. Im Sommer letzten Jahres habe, initiiert durch die Charta der Vielfalt, der erste Deutsche Diversity-Tag stattgefunden. Dieser sei in diesem Jahr für den 03.06. geplant. Die Punktdienststelle Diversity strebe an, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Im Herbst dieses Jahres werde die Dienststelle eine Tagung zum Thema „Köln – Stadt der Vielfalt, ein Diversity-Konzept für die Stadt Köln“, durchführen. Unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung, des Integrationsrates, der betroffenen Fachausschüsse sowie der einzelnen StadtAGs diene diese Tagung dazu, einen ersten Aufschlag für die Konzeptinhalte zu beschreiben und zu konkretisieren. Im Vorfeld der Tagung werde die Punktdienststelle Diversity ein Eckpunktepapier als Basis für die gemeinsame Arbeit mit den Gremien erstellen. Die Ausarbeitung und daraus resultierenden Handlungsempfehlungen sowie die Implementierung erfolge im Anschluss an die Tagung.

Frau Scho-Antwerpes bedankt sich für die Vorstellung und fragt, inwieweit geplant sei, die StadtAG LST bei den Planungen mit einzubeziehen oder ob dies nicht vorgesehen sei.

Frau Rehberg: Die StadtAG LST, ebenso wie die anderen beiden Gremien, würden selbstverständlich involviert und ohne diese gehe es auch nicht. Daher möchte man für diesen Konzeptionstag die StadtAG LST bereits „mitnehmen“, denn sie seien auch die Personen, die zu dieser Thematik beitragen können. Es solle selbstverständlich ein Konzept in Zusammenarbeit mit der Stadt AG LST sein.

5 Adoption

5.1 Adoptionsbewerberauswahl - Verwaltungsanfrage der Stadt AG LST

Frau Reker gibt das Wort an Stefan Meschig vom Beratungszentrum Rubicon.

Herr Meschig erklärt: Er habe im Auftrag der StadtAG LST einen Input vorbereitet. Er habe die Antwort der Verwaltung auf die Verwaltungsanfrage der StadtAG erhalten. Ihm sei wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Handeln der Verwaltung bezüglich der Adoptionspraxis ein Politikum sei, da insbesondere die Kölner Regierungsparteien Grüne und SPD auf Bundesebene eine vollkommene Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe, inklusive Adoptionsrecht befürworteten, wie dies übrigens inzwischen in Frankreich, England, Spanien, Holland, Dänemark, Belgien und Norwegen der Fall sei. Die SPD habe auf Bundesebene ihr Wahlversprechen: „100% Gleichstellung nur mit uns“ nicht durchsetzen können und sei an der CDU gescheitert. Er sei sich sicher, es sei im Sinne aller Mitglieder der StadtAG LST wenn er zunächst darauf hinweise, dass die Verwaltungsanfrage der StadtAG LST an die Stadt Köln natürlich nicht als Aufforderung zu verstehen sei, bundesrechtliche Regelungen zu missachten. Das Gegenteil sei der Fall: bei der Verwaltungsanfrage gehe es vielmehr um die Prüfung, ob und in welchem Umfang die Stadt Köln im rechtlich zulässigen und seit März 2013 durch die Möglichkeit der Sukzessivadoption deutlich erweiterten Rechtsrahmen, von ihrem Selbstverwaltungsrecht Gebrauch mache bzw. davon

Gebrauch machen wolle. Auf Köln bezogen erlaube er sich die These zu vertreten, dass es in dieser Lesben- und Schwulenmetropole zu Recht die Erwartung der gleichgeschlechtlich orientierten Bürgerinnen und Bürger gebe, dass das Kölner Jugendamt schon jetzt zumindest alle rechtlich zulässigen Optionen und Potentiale zur weitgehenden Gleichstellung von Lesben und Schwulen bei der Adoption ausschöpfe, sofern dies das Selbstverwaltungsrecht der Stadt zulasse. Erst recht gelte diese Erwartung aus den vorgenannten Gründen unter einer Rot-Grünen Stadtspitze. Und hier gelte die Bitte an SPD und Grüne, Seite an Seite, auch nach dieser Sitzung, dieses Thema konsequent zu verfolgen. Er sei der festen Überzeugung, dass es in der Verwaltungsanfrage der StadtAG zentral um das Kindeswohl gehe. Alle Studien belegten, dass gleichgeschlechtliche Paare sogar eher überdurchschnittlich gute Eltern seien und die Kinder aus diesen Familien sowohl emotional als auch intellektuell sehr gute Werte hätten. Unreflektierte Aussprüche wie: „Dem Kind fehle bei einem Frauenpaar doch der Vater oder bei einem Männerpaar die Mutter“ würden sich im Lichte der Wissenschaft zunehmend als heteronormative Polemik erweisen, die durch keine Studien gestützt würde. Zum Wohle der Kinder sollte also der Pool an adoptionswilligen Eltern um diese offensichtlich pädagogisch sehr begabten adoptionswilligen gleichgeschlechtlichen Paare erweitert werden. Es lasse sich auch zahlenmäßig ein Indikator benennen, wann in Köln in der Adoptionsfrage Gleichbehandlung erreicht sei. Davon ausgehend, dass 10% der Bevölkerung in Köln gleichgeschlechtlich orientiert seien, müsste statistisch gesehen jedes zehnte Adoptivkind zu einem gleichgeschlechtlichen Paar vermittelt werden. Nach seinem Kenntnisstand sei dies im bereits jetzt geltenden rechtlichen Rahmen möglich: Dazu beziehe er sich auf Manfred Bruns. Dieser sei bis 1994 Bundesanwalt am Bundesgerichtshof in Karlsruhe gewesen und arbeite bis heute als Rechtsexperte im Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD). Bruns sage ganz aktuell zum Thema „Adoption adoptierter Kinder“, Zitat: *„Noch gültig ist das Verbot der gemeinschaftlichen Adoption von Kindern durch Lebenspartner_innen. Nach § 1742 BGB dürfen nur Ehepaare ein Kind gemeinschaftlich adoptieren. Aber dieses Verbot hat praktisch keine Bedeutung mehr, weil Lebenspartner_innen es dadurch umgehen können, dass sie ein Kind nacheinander adoptieren. Das wäre theoretisch sogar in ein und demselben (Gerichts-)Termin möglich. Eine Familienrichter_in kann zunächst die Annahme des Kindes durch eine/n der Lebenspartner_innen beschließen und den Beschluss dem/der Lebenspartner_in sofort aushändigen. Damit ist der Beschluss wirksam und sofort rechtskräftig (§ 197 FamFG i.V.m. § 15 Abs. 2 FamFG und § 173 ZPO). Deshalb könnten Familienrichter_innen sofort danach den Beschluss über die Annahme des Kindes durch die/den andere/n Lebenspartner_in fassen und aushändigen. Damit wäre die Adoption des Kindes durch beide Lebenspartner_innen vollzogen. Es gibt jedoch bislang sehr häufig eine aktenmäßige Trennung der Verfahren, die nach Sicht des Bundesjustizministeriums in der Regel dazu führen wird, dass die Anhörungen getrennt erfolgen.“* (Zitat Ende).

Nach der Lektüre der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Stadt AG LST ergäben sich neue Fragen, die insbesondere Verfahrensfragen im Jugendamt und bei Gericht betreffen:

1. *Ist es im Kölner Jugendamt möglich, dass bei einer adoptionswilligen eingetragenen Lebenspartnerschaft gleichzeitig der Antrag der einen Lebenspartnerin/des einen Lebenspartners auf Einzeladoption und Lebenspartnerin/des einen Lebenspartners auf Stiefkindadoption in Form der Sukzessivadoption geprüft wird?*
2. *Wenn nein, warum nicht?*
3. *Wenn ja, kann zum Wohle des Kindes die Adoptionspflegezeit verkürzt werden, um zum Wohle des Kindes schnellstmöglich eine auf zwei Elternteile gestützte rechtliche Absicherung zu gewährleisten?*

4. *Ist es bei Kölner Gerichten möglich oder kann es möglich gemacht werden, dass die Adoption und die Sukzessivadoption in einem Termin stattfinden können.*
5. *Was versteht die Stadt Köln laut Stellungnahme unter „Vom Kind ist auch unter Berücksichtigung der Herkunft, also auch der leiblichen Eltern, die Auswahl der Adoptionsfamilie vorzunehmen“?*
(Hier sei eine Konkretisierung erwünscht. Dies sei auch der Wunsch des anwesenden Elternpaares).
6. *Was versteht die Stadt Köln laut Stellungnahme unter „Hierbei werden alle Adoptionsbewerber gleichwertig berücksichtigt, soweit die gegebene Rechtslage dies zulässt.“?*
7. *Nach welchen genauen Kriterien sucht die Stadt Köln den Annehmenden (Einzelperson) bzw. die Annehmenden (Paar) für ein zur Adoption stehendes Kind aus? Werden die durchweg positiven Studien über die Entwicklung von Kindern mit gleichgeschlechtlichen Eltern berücksichtigt und sind diese bekannt?*

Der Input und die genannten Fragen seien als Tischvorlage ausgelegt.

Frau Reker bedankt sich für den Beitrag. Herr Völlmecke sei als Vertreter des Jugendamtes hier. Eine Beantwortung der umfassenden und detaillierten Fragen erfolge jedoch besser schriftlich. Vielleicht könne er jedoch eine kurze Stellungnahme abgeben.

Herr Völlmecke: Er sei stellvertretender Amtsleiter und in seinem Bereich liege die städtische Adoptionsvermittlung. Er habe sich die Praxis in seiner Adoptionsvermittlungsstelle, zum Beispiel zum Thema Stiefkindadoption von gleichgeschlechtlichen Paaren, im Verlauf der letzten Jahre, angesehen. Im Jahr 2009 habe es fast erstmalig Kontakt zu diesem Thema in der städtischen Adoptionsvermittlung gegeben – in dem Jahr seien fünf Fälle und Anträge bearbeitet worden. Ein Jahr später habe es 35 Anträge gegeben. Im Jahr 2013, das ginge auch aus der Stellungnahme hervor, habe es immerhin 57 begleitete Adoptionsverfahren gegeben. Als Grundstatement möchte er sagen, dass es seitens des Jugendamtes keine grundsätzlichen Bedenken oder Schwierigkeiten, wie die mancherorts öffentlich diskutierten, gebe, dass Kinder bei gleichgeschlechtlichen Paaren, bezüglich Geschlechteridentität oder ähnlichem, Schwierigkeiten bekämen – hier habe das Jugendamt keinerlei Bedenken. Das möchte er vom Grundsatz her hier ganz deutlich sagen, dass man hier in einer ganz offenen Prüfung stehe. Man prüfe die Anträge von gleichgeschlechtlichen Paaren genauso wie die von gemischtgeschlechtlichen Paaren. Über dieses Grundstatement hinaus werde man die gestellten Fragen schriftlich beantworten. Er möchte jedoch einen Punkt herausgreifen, welchen er auch gerne mitnehme, er möchte das Thema auf jeden Fall auch mit dem Familiengericht diskutieren. Das Familiengericht habe eine Sprecherin. Diese könne natürlich nicht den Einzelurteilen ihrer Kolleginnen und Kollegen vorgreifen, vom Grundsatz her versuche er jedoch, eine Position zu bekommen, wie das Familiengericht möglicherweise mit einem Verfahren, was das Jugendamt mit vor dem Gericht vortrage, umgehen werde. Hier werde er versuchen, eine möglichst genaue Stellungnahme zu erfahren. Er biete an, Frau Bergmann, die Sprecherin des Familiengerichtes, für die nächste Sitzung für eine Teilnahme zu gewinnen. Denn man sollte dies gemeinsam beobachten. Schließlich nütze es nichts, wenn die Verwaltung in eine Richtung agiere, das Gericht jedoch nicht. Dies wäre der entscheidende Punkt hierbei. Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang, weitere Urteile und Fälle aus anderen Städten von Herrn Meschig zu erhalten. Die gemachte Stellungnahme sei von einer Juristin des Jugendamtes auf Basis eines Gerichtsurteils erstellt worden. Wenn andere Fälle bereits anders behandelt worden seien, könne dies nur hilfreich sein, in eine entsprechende Prüfung einzusteigen. Das Jugendamt prüfe das Thema offensiv, werde die Fragen schriftlich beantworten und möglicherweise nochmal in eine Diskus-

sion in der nächsten Sitzung, vielleicht auch mit Beteiligung des Familiengerichtes, einsteigen.

Frau Reker bedankt sich und fragt, ob es Fragen oder Anmerkungen hierzu gebe.

Herr Schuhmacher fragt, ob auch Zahlen zu den zustande kommenden Adoptionen der genannten Anträge vorlägen.

Herr Völlmecke antwortet, dass ihm ein Fall bekannt sei, bei dem aus inhaltlichen Gründen eine Adoption abgelehnt worden sei.

Herr Meschig: Hierbei sei wichtig, anzumerken, dass es sich fast ausnahmslos um Stiefkindadoptionen handele. Möglicherweise gebe es mittlerweile auch Sukzessivadoptionen, bei denen vorher eine Auslandsadoption stattgefunden habe, aber Paare, die ein nicht leibliches, sondern ein angenommenes Kind adoptierten, trauten sich derzeit nicht, zum Jugendamt zu gehen, da es bekannt sei, dass man als Einzelbewerber keine Chance habe. Es gehe hier darum, auch zu sagen, dass es eine Chance gebe, sich als Paar zu bewerben. Auch sei anzumerken, dass beispielweise bei dem anwesenden schwulen Elternpaar, sich *einer* als Einzelperson beworben habe – man jedoch *als Paar* geprüft werde. Hier gebe es eine Paradoxie. Aus seiner Sicht und aus Sicht der Rechtsauffassung des Rechtsexperten des LSDV gebe es zwischenzeitlich deutlich mehr Spielraum.

Herr Schuhmacher fragt zur Sukzessivadoption: da hier im Einzelfall geprüft werde, ob es zu einer Adoption komme, interessiere ihn, wenn ohnehin beide Teile der Adoptierenden geprüft würden, ob es hier rechtlich nicht im Einzelfall ein paar mehr Möglichkeiten gäbe, zu dem Ergebnis der Sukzessivadoption zu kommen.

Herr Völlmecke erklärt, in die Stellungnahme sei sowohl die rechtliche, als auch die fachliche Beurteilung eingeflossen. Auf die juristische Seite habe er unter dem Gesichtspunkt verwiesen, inwieweit es der Kommunalverwaltung möglich sei, einem Bundesgesetz vorzugreifen. Das sei die Bewertung der Juristin gewesen, dass dies auf keinen Fall gehe. Strittig sei, ob das Urteil, auf Basis dessen das Jugendamt seine Bewertung vorgenommen habe, mehr Spielraum biete, als die Juristin herausgelesen habe. Hier müsse eine weitere Auswertung erfolgen. Hierbei sei nicht nur die Auslegung des Jugendamtes wichtig, sondern eben insbesondere auch, wie das Gericht damit umgehe. Er finde es schwierig, wenn das Jugendamt eine bestimmte Haltung dazu einnehme, die dann ggf. vom Gericht ausgebremst würde. Dies sei kontraproduktiv.

Frau Reker dankt Herrn Völlmecke und stimmt dem von ihm vorgeschlagenen Verfahren zu, auch auf Frau Bergmann zuzugehen und sie ganz herzlich zur nächsten Sitzung einzuladen.

Herr Meschig fragt, ob das Jugendamt noch eine offizielle Anfrage benötige, oder ob das ausgehändigte Papier ausreiche.

Herr Völlmecke: Das Papier reiche aus.

Frau Reker fragt, ob noch Fragen bestünden oder es noch Anmerkungen gebe.

Herr Janotta bedankt sich für sein Rederecht. Ihn irritiere, weshalb jetzt erst rechtlich geprüft werde, inwieweit das Jugendamt weitere Handlungsmöglichkeiten sehe. Denn bereits im Herbst 2011 habe er bereits mit Herrn Völlmecke, Frau Dr. Klein und Herrn Danuser, in seiner damaligen Funktion als Leiter des KLuST-Vorstandes, zusammen-

gesessen und über dieses Thema gesprochen. Seitdem scheine nicht wirklich etwas passiert zu sein. Was ihn irritiere sei die Tatsache, dass er und sein Partner mehrere Anfragen gestellt haben, zu denen es wiederholt hieß, sie würden geprüft und das Jugendamt hätte keine Handlungsmöglichkeiten. Die Antworten die er und sein Partner bisher bekommen hätten, drehten sich im Kreis. Es stehe immer wieder darin, dass das Jugendamt dem Bundesrecht nicht vorgreifen könne und dass es keine Möglichkeit gäbe, schwulen und lesbischen Paaren in irgendeiner Weise entgegen zu kommen. Und das obwohl das Urteil zur Sukzessivadoption zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt gewesen sei. Man habe sich auf alte Entscheidungen berufen, die nicht mehr aktuell gewesen seien.

Herr Völlmecke: Der Standpunkt, der in den Schreiben vertreten worden sei, sei immer noch da. Die gegenwärtige Position sei, dass dem Bundesgesetz nicht vorgegriffen werden könne. Weitere Aussagen würden sich nur wiederholen. Es gäbe keinen Widerspruch zwischen dem, was er heute sage, zu dem, was in Stellungnahmen geäußert worden sei.

Frau Reker bittet Herrn Völlmecke, das Unverständnis seitens Herrn Janotta nach der Sitzung bilateral zu klären.

6 Sachstandsberichte und Mitteilungen

6.1 Homophobie im Fußball

Frau Reker bittet Herrn Rahmfeld, zu berichten.

Herr Rahmfeld: Das 14. Internationalen Treffen der Queer Football Fanclubs habe am 11.01.2014 stattgefunden. Im Sommer 2013 habe die Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender bereits Kontakt zum FC Fanclub „Andersrum rut-wiess“ aufgenommen. Der Fanclub sei in diesem Jahr an der Reihe gewesen, die internationale Fanclub-Konferenz auszurichten und habe um Unterstützung gebeten. Herr Rahmfeld sei in Kontakt zu Alexander Wehrle, dem Geschäftsführer des 1. FC Köln, getreten und ihn um Unterstützung hinsichtlich der Räume gebeten, da die Stadt nicht über Räumlichkeiten in der erforderlichen Größe verfüge. Herr Wehrle habe daraufhin das Stadionrestaurant „12. Mann“ zur Verfügung gestellt. Dorthin seien am 11.01. über 125 Personen gekommen. Es habe ein großes Aufkommen an Kameras und weiterer Presse gegeben, was auch an dem drei Tage zuvor gewesenen Coming Out von Thomas Hitzlsperger gelegen habe. Die hohe Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmern sei jedoch schon vor dem Coming Out angemeldet gewesen. Die Teilnehmerzahl sei unabhängig von Hitzlspergers Coming Out zustande gekommen. Abends habe es einen Empfang auf Einladung des Oberbürgermeisters im Hansasaal im Rathaus gegeben. Unter anderem seien ein Vertreter des FC Arsenal aus England, einige Holländer, Schweizer und ein Großteil der deutschen Erst- und Zweitligisten und auch Drittligisten wie Duisburg anwesend gewesen. Frau Bürgermeisterin Elfi Schöntwepes habe eine sehr beachtete Rede gehalten, die von Herrn Alexander Wehrle, dem Geschäftsführer des 1. FC Köln und von Herrn Brüllau vom FC St. Pauli beantwortet worden sei. Es sei eine tolle Veranstaltung und ein toller Empfang im Hansasaal gewesen, die Beteiligten hätten viel Spaß dabei gehabt und den Empfang und die Reden gelobt. Weiterhin berichtet Herr Rahmfeld, dass am ersten Aprilwochenende der 1. FC Köln gegen Arminia Bielefeld spiele und hier eine Aktion der Stadt zusammen mit dem 1. FC Köln geplant sei. Beide Oberbürgermeister aus Köln und Bielefeld sollten teilnehmen. Genaueres kann erst geplant werden, wenn der Spieltag von der DFL terminiert worden sei. Dies sei voraussichtlich erst drei Wochen vorher der Fall.

Fest stehe bislang nur, dass das Spiel freitags, samstags, sonntags oder montags stattfinden werde. Davon hänge auch ab, ob bei der Aktion im Stadion die Oberbürgermeister teilnehmen könnten. Es sei auch noch nicht klar, inwiefern die Oberbürgermeister im Stadion genau eingebunden würden. Das werde man sich gut überlegen. Mögliche Aktionen seien das Verteilen von Flyern durch Fanclubs. Herr Wehrle habe angemerkt, dass dies auch besser durch andere Fanclubs als die schwul-lesbischen geschähe. Eine weitere Möglichkeit sei, dass die Spieler ggf. mit den beiden Oberbürgermeistern ein großes Banner ins Stadion tragen. In der laufenden Woche sei noch ein Treffen der Fachstelle für LST mit den Fanclub-Verantwortlichen von „Andersrum rut-wiess“ geplant. Angedacht sei auch, dass die Oberbürgermeister ein Grußwort in der Stadionzeitschrift an die Leser richteten. Eine weitere Idee sei, dass die Spieler beider Mannschaften mit Schnürsenkeln in Regenbogenfarben aufliefen. Die Planung laufe noch. Die nächste Sitzung der Stadt AG LST am 31.03.14 sei montags in der Woche des Spiels, dann könne er Aktuelles berichten.

Frau Reker bedankt sich und fragt, ob es Wortmeldungen gebe.

Herr Malavasi merkt an, dass das Thema Homophobie im Fußball und Homophobie generell im Sport auch vor dem Hintergrund der „Sotschi-Debatte“ und auch der „Sportstadt 2015“ wichtig sei und daher auf der Tagesordnung der Stadt AG LST bleiben sollte. Er wolle damit jedoch nicht dem SC Janus vorgreifen. Gerade im Hinblick auf die „Sportstadt 2015“ sollte die Stadt AG LST dieses Thema mit begleiten und im Auge behalten, wie man sich hier einbringen könne.

Frau Scho-Antwerpes zitiert zum Thema Homophobie im Sport einen aktuellen Zeitungsartikel aus der Kölner Rundschau vom 20.01.14: „Putin beleidigt Homosexuelle. Der russische Präsident Wladimir Putin hat Homosexuelle mit Pädophilen auf eine Stufe gestellt. In einem Interview sagte er gestern zudem, Russland müsse sich von der Homosexualität ‚reinigen‘, falls es seine Geburtenrate erhöhen wolle. Zugleich versicherte er homosexuellen Athleten und Fans, die die Olympischen Spiele in Sotschi besuchen, dass sie nichts zu befürchten hätten.“

Herr Wolter fragt, ob er es richtig verstanden hätte, dass die Stadt AG LST einen Bericht bekäme, was 2015 zum Thema Homophobie und Sportstadt genau geplant sei.

Herr Malavasi bedankt sich für die Anregung, dies zu konkretisieren. Er rege an, zur nächsten Sitzung den zuständigen Verwaltungsbeamten einzuladen, damit dieser einen Bericht darüber liefern könne, was genau zum Thema „Sportstadt 2015“ geplant sei, damit man sehen könne, wie man sich einbringen könne.

Frau Reker sagt, dass sie die Anregung aufnehmen möchte.

Herr Breite bittet darum, keinen Aktionismus zu machen und Leuten nicht „auf die Füße zu treten“. Gerade bei Sportarten, die schon einiges machten, könne man hiermit sehr kontraproduktiv agieren, da dies unnötig belehrend wirken könne. Man könne aus seiner Sicht gerne die Zuständigen aus der Sportverwaltung einladen, er möchte nur den Ratschlag geben, dass man beim Agieren darauf achten sollte, dass es bei Sportverbänden, die bereits einiges gegen Homophobie machten, nicht nach hinten losgehe.

Herr Schuhmacher: Er möchte dies differenzierter betrachten, verbunden mit dem Bericht über die Sportcharta, die gerade im Sportausschuss verabschiedet worden sei, zu deren Umsetzung sich der Stadtsportbund auffällig zurückhaltend geäußert habe. Die Sportcharta sei nun vom Ausschuss beschlossen – die Beschäftigung mit dem Thema hänge nun ein wenig davon ab, wie dies von den Verbänden umgesetzt werde. Er möchte noch ergänzen, dass man mit dem Leiter des Sportamtes, sowie mit

Frau Dr. Klein, dem Katholikenausschuss, dem Kölner Lesben- und Schwulentag, der Aidshilfe und Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen mehrfach zusammengesessen habe um die Sportcharta ins Leben zu rufen und dass es hier eine Einigkeit gegeben habe, dass es eine Notwendigkeit gebe, aber dass so eine Sportcharta nur Sinn mache, wenn sie in den Sport zurückgehe. Das gehe seiner Meinung nach am besten mit dem Stadtsportbund, dem man auch die Chance geben müsste, das Ganze mit Engagement voranzutreiben. Dieser Versuch sollte nun unternommen werden. Insofern schlage er vor, zu diesem Thema den Vorsitzenden des Stadtsportbundes einzuladen – auch, um ggf. noch etwas Überzeugungsarbeit zu leisten, wie man dies angehe. Dies möchte er gerne ergänzen, denn er habe hier wahrgenommen, dass es, ohne dies einzelnen Sportarten zuzuschreiben, unterschiedliches Engagement zu diesem Thema in unterschiedlichen Bereichen gebe.

Frau Scho-Antwerpes regt an, Herrn Vesper, der Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes, zu diesem Thema einzuladen. Wenn man dies zeitnah tue und nicht bis 2015 warte, sei sie zuversichtlich, dass dies möglich sei. Vielleicht auch als Thema für die Veranstaltung in diesem Jahr, aber auch in diese Runde. Sie würde ihn auch anschreiben oder ansprechen.

Herr Breite begrüßt die Idee von Frau Scho-Antwerpes und regt an, dies zusammen mit dem Sport & Olympia Museum zu tun. Diese stünden dem Thema positiv gegenüber und hätten auch Mittel zur Verfügung, die Veranstaltung dort durchzuführen, dies könne auch eine Arbeitserleichterung sein. Weiterhin sei er Mitglied im Sportausschuss. Es habe auch in der Presse gestanden, was für deutliche Worte er dort gefunden habe. Er habe diesen mit dem Stadtsportbund nicht gemeint, sondern die Verbände/Fachverbände der einzelnen Sportarten. Man müsse hier unterscheiden. Man habe beim Stadtsportbund derzeit ein wenig das „Problem“, dass man hier etwas Fußball-affin sei. Dies merke man dann auch bei solchen Stellungnahmen. Es wäre gut, den Stadtsportbund einzuladen. Er habe auch nichts dagegen, das Sportjahr 2015 zu thematisieren und zu beleuchten, es komme nur immer darauf an, wie man es rüberbringe. In vielen Fachverbänden gebe es wirklich gute Arbeit, die der Stadtsportbund gar nicht kenne. Dass hier vieles schon getan werde, könne auch der SC Janus sagen, da dieser in vielen Ligabetrieben sei. Er gebe Herrn Schuhmacher jedoch recht, dass man sehr gut mit dem Stadtsportbund Erfahrungsaustausch betreiben könne.

Herr Rahmfeld berichtet, dass Herr Wehrle bei dem Treffen der Queer-Football-Fanclubs angekündigt habe, dass der 1. FC Köln, zusammen mit den Queer Football Fanclubs und „Andersum rut-wiess“ beim CSD das erste Mal mit einem Paradewagen teilnehmen wolle. Die Anregung, sich nicht nur um den Profifußball, sondern auch um den Breitensport zu „kümmern“, nehme auch die Fachstelle für LST gerne auf.

Herr Malavasi bittet darum, bei dieser Thematik nicht nur von Homophobie, sondern auch von Transphobie zu sprechen. Denn gerade im Breitensport gehe es um Homo- und Transphobie. Er erinnere an die „Bäderdiskussion“ und es gäbe hier noch viele weitere Themen. Er bitte darum, bei dieser Thematik auch immer an die Transgenderkolleginnen und -kollegen mitzudenken.

Frau Reker bedankt sich für den Hinweis.

7 Berichte aus Ausschüssen

7.1 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender: Bebauungspläne zum Ausschluss von Vergnügungsstätten 3949/2013

Frau Reker: Herr Malavasi habe als sachkundiger Einwohner bei der Sitzung des SteA teilgenommen und werde davon berichten.

Herr Malavasi bittet hinsichtlich der Verwaltungsantwort um Beratung. Er habe diese erst am heutigen Nachmittag bekommen. Er müsse sich hiermit erst ausführlich beschäftigen und könne auf die Schnelle kein qualifiziertes Feedback dazu geben. Auf zwei Dinge möchte er jedoch aufmerksam machen. Er freue sich, dass es nun endlich eine Aufstellung gebe, wie viele Bebauungspläne im Umlauf seien. Dies mache die Einschätzung und auch die Debatten mit der Politik sehr viel einfacher – denn jetzt wisse man genau, um welche Orte es sich handele. Er danke daher sehr für die Beantwortung. Weiterhin werde er sich mit der Beantwortung noch auseinandersetzen und bitte daher darum, das Thema bei der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung zu nehmen. Er freue sich sehr, dass das Thema nun endlich diskutiert werde. Auch, dass das Thema sehr differenziert betrachtet werde - das habe man auch im Hintergrundgespräch und den Presseberichterstattungen, sowohl im Kölner Stadtanzeiger als auch im Express, gemerkt. Er freue sich auch, dass es seitens der Ratsmehrheit Pressemeldungen zu diesem Thema gebe, die die Sorgen und Bedenken aufnähmen. Er merkt hierzu an, dass er sich wundere, weshalb es dann überhaupt so weit komme, wenn die Ratsmehrheit so sehr auf ihrer Seite sei. Das Thema sei im Jahr 2011 bereits diskutiert worden. Er weise darauf hin, dass letztendlich wichtig sei, was dabei herauskomme und weniger, was verbal in der Öffentlichkeit verbreitet würde. In einer der Pressemeldungen würde darauf hingewiesen, dass es die Bemühung gebe, Klarheit herzustellen, inwiefern man mit den Ermessensspielräumen zukünftig anders umgehen könne, um Benachteiligungen zu vermeiden. Man habe hierfür bereits einen Vorschlag gemacht, daran möchte er noch einmal erinnern, man bitte immer noch darum, die Bebauungspläne, die im Raum stünden und auch die, die bereits erlassen worden seien, noch einmal kritisch zu hinterfragen und hier auch entsprechende Entscheidungen zu treffen. Letztendlich sei wichtig, dass man Bebauungspläne ohne Benachteiligung habe. Erst dann werde man Ruhe geben.

Frau Scho-Antwerpes merkt an, dass Herr Breite und sie sich entrüstet hätten, da man dieses Thema im Jahr 2011 bereits behandelt habe. Herr Malavasi sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der StadtAG LST gewesen. Im Jahr 2011 sei bereits das Thema „Hohe Pforte“ präsent gewesen, woran er sich vielleicht doch erinnere. Es sei nicht der Fall, dass das Thema völlig neu sei. Dass es grundsätzlich noch einmal bearbeitet werde, dazu habe die SPD auch noch einmal klar Stellung bezogen.

Herr Wolter merkt an, dass dies ein schwieriges Thema sei. Man könne es nicht so einfach von heute auf morgen beantworten. Man habe hier, auch in der Verwaltung, einen Prozess mitgemacht. Die Frage beim Thema Vergnügungsstätten sei, wo man die Grenze ziehe: was sei eine tatsächliche Vergnügungsstätte im klassischen Sinne und was nicht. Man sei immer der Auffassung gewesen, dass die schwulen Kneipen – oder auch die lesbischen Kneipen, wobei es in diesem Fall nur die schwulen Kneipen betreffe - mit Darkrooms, ggf. mit Einlasskontrolle etc., nicht darunter fielen. Dies werde von der Verwaltung beispielweise auch so gehandhabt, wenn es um Vergnügungs-

steuer gehe. Hier sage man, wenn ein Betrieb normale Getränkepreise habe oder eine schwule Sauna einen Eintrittspreis habe, der im üblichen Rahmen einer jeden anderen Sauna sei, dann falle keine Vergnügungssteuer an. Es sei denn, die Getränkepreise oder Eintrittspreise seien unüblich hoch. Er hätte gedacht, die Diskussion habe schon dafür gesorgt, Klarheit zu schaffen – dies sei jedoch nicht der Fall gewesen und er habe auch den Eindruck gehabt, man hätte sich an dieses Thema in der letzten Sitzung erst einmal heranzuarbeiten müssen. Im Stadtentwicklungsausschuss habe er einen ähnlichen Eindruck gehabt. In den Fraktionen habe man hier ein Stück weit Erklärungs- und Überzeugungsarbeit leisten müssen und dies habe man auch geleistet. Das Ergebnis dessen, so wie es sich andeute, laufe in eine richtige Richtung.

Herr Breite widerspricht Herrn Wolter – es gehe nicht um das Bezahlen von Vergnügungssteuer. Darüber könne man auch debattieren, man könne es aber nicht analog behandeln. Es sei durch diese Beschlusslage – und das hätten auch Barbara Moritz und Bettina Tull ganz deutlich gemacht – verboten, schwule Saunaclubs beispielsweise in Mülheim zu eröffnen. Dies sei so beschlossen worden. Das Gleiche sei auch auf der Severinstraße geschehen. Im Jahr 2011 habe man den einen Fall gehabt und er habe auch immer wieder Fälle vorgebracht. Er bedanke sich bei der StadtAG LST, auch bei Marco Malavasi, der das Thema im Stadtentwicklungsausschuss vor den Damen und Herren vorgetragen habe, was nicht einfach gewesen sei – denn manche meinten, dies sei ein abwegiges und anröchiges Thema, welches auch etwas belächelt worden sei. Und hier sei es Andreas Wolters Fraktion (Grüne) gewesen, die das Thema ein wenig „durch den Kakao“ gezogen hätten. Es sei nicht einfach, man habe diese Problematik – er freue sich jedoch, dass ein Überdenken dabei stattfinde. Wenn man sich vorstelle, dass flächendeckend rund um den Wiener Platz oder die Severinstraße Saunaclubs nicht erlaubt seien – wenn man die Geschichte der Severinstraße kenne und das Denkmal auf dem Severinskirchplatz – und dann sage, es dürfe hier nichts mehr angeboten werden, was irgendwie anröchig sei, dies sei ihm nicht verständlich. Barbara Moritz und Bettina Tull hätten sich hierzu im Stadtentwicklungsausschuss entsprechend geäußert. Er freue sich, dass hier nun ein Umdenken stattfinde, denn er glaube man müsse hier schnell handeln. Er könne nachvollziehen, dass man gegen eine Überzahl von Spielhallen vorgehe, was jedoch das Stadtplanungsamt getan habe, halte er für eine Großstadt und auch für das Flair einer Großstadt für nicht gut. Da sei man in den früheren Jahrzehnten liberaler gewesen.

Herr Schuhmacher: Er möchte den Vorschlag von Marco Malavasi aufgreifen, das Thema in der nächsten Sitzung noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen – auch, weil die Vorlage heute erst gekommen sei und man sich mit dieser in Ruhe befassen müsse. Er sei froh, dass es, zusätzlich dazu, dass Herr Breite vermehrt auf das Thema hingewiesen habe, zwischenzeitlich auch zwei Presseerklärungen der SPD und der Grünen gebe, die deutlich machten, dass man eine differenziertere Betrachtung der Fragestellung erwarte. Er bitte darum, dass Frau Müller dann noch einmal an der Sitzung teilnehme und dass man auch aus der Politik eine Orientierung bekomme, was deren Wunsch sei. Darum ginge es letztendlich, dass, wenn die Politik eine Richtung äußere, die Verwaltung nach seinem Verständnis eine Lösung fände, wie sie das umsetze, natürlich ohne Recht zu brechen. Der Auftrag müsste präzisiert werden, diesen präzisierten Auftrag aus der Politik würde er gerne in der Sitzung hören – und könne dann auch in die entsprechenden Ausschüsse gehen. Dies sei aus seiner Sicht sehr hilfreich und dann könne man das Thema mit einem Ergebnis demnächst auch abschließen.

Frau Scho-Antwerpes weist darauf hin, dass das Thema auch noch einmal im SteA diskutiert werde und dies spätestens dann auch eine Anweisung sei.

Herr Malavasi: Er möchte noch etwas Formales anmerken. Man sei sehr dankbar um die Diskussion, die 2011 geführt worden sei. Er möchte da nicht missverstanden werden. Man habe es geschafft, für den Bebauungsplan „Hohe Pforte“ eine Veränderung herbeizuführen. Die Verwunderung, die dann aufgetreten sei, sei darauf zurückzuführen, dass es danach noch einmal zwei Jahre gedauert habe, bis man bei einer grundsätzlichen Debatte gewesen sei, die man mit vielen Fraktionen bereits erfolgreich geführt habe. Man freue sich jedoch trotzdem auch über späte Erkenntnisprozesse im Rat der Stadt Köln. Er möchte auch darauf hinweisen, was Ulrich Breite bezüglich der letzten Sitzung des SteA eben angemerkt habe – er freue sich, wenn es dort eine Bewusstseinsveränderung gebe. Denn der Vorwurf, dass die Darkrooms Bordelle seien, sei von Bettina Tull gekommen. Er erinnere sich auch an den Satz von Barbara Moritz, mit ihr sei Positivdiskriminierung nicht zu machen. Er begrüße es, dass von dieser Seite der LSBT-Politik noch einmal darauf eingewirkt worden sei. Er hätte sich jedoch gefreut, wenn die Beiden sich auch öffentlich dazu geäußert hätten. Ein anderer, formaler Punkt sei, dass, wenn das Thema im SteA diskutiert werde, empfinde er es als schwierig, wenn die Beschlussempfehlungen der StadtAG nur als Mitteilungen in den SteA eingebracht würden. Denn der Ausschussvorsitzende habe ihm damals gesagt, dass man über Mitteilungen nicht wirklich diskutiere. Man habe keine Möglichkeit gehabt, die Beschlussempfehlung mit den anderen Fraktionen inhaltlich zu diskutieren. Die nächsten Dinge bittet er, so auf den Weg zu bringen, dass formal eine inhaltliche Diskussion möglich sei und nicht aus formalen Gründen gesagt werden könne, eine Diskussion sei nicht möglich. Das bringe die Sache nicht weiter. Viele Fraktionen hätten sich für eine Diskussion eingesetzt, es sei dann auch möglich gewesen, es machte die Sache jedoch formal etwas schwierig.

Herr Wolter merkt an, dass man das Wohl der gesamten Bürgerschaft im Blick habe und wenn es Anregungen und Beschwerden aus der Bürgerschaft zu bestimmten Fehlentwicklungen in bestimmten Vierteln gebe, gebe es die Möglichkeit, über das Baurecht oder das Ordnungsrecht einzugreifen. Die Aufgabe der Politik sei es, Lösungen dafür herbeizuführen, so dass alle Beteiligten einigermaßen zufrieden damit seien. Man müsse hier das Recht haben, Abwägungsprozesse und Entscheidungsfindungsprozesse vorzunehmen. Das hätte man getan, wie er es aus dem SteA mitgenommen habe. Er nehme die FDP mal raus, bei allen anderen drei Fraktionen sei dies der Fall gewesen. Da habe es keine Fraktion gegeben, die dem Thema auf Anhieb positiv gegenüber gestanden habe, auch nicht die SPD. Man müsse „in medias res“ gehen und im Übrigen auch die Rechtslage berücksichtigen, damit man auch nicht an anderer Stelle Gefahr laufe, Klagen zu erhalten und nicht an anderer Stelle in Schwierigkeiten komme. Für ihn sei dies, so wie er es aufgeführt habe, ein gangbarer Weg, der auch nachvollziehbar sei.

Frau Reker: Sie möchte das Wort gerne an Frau Müller weitergeben. Sie freue sich, dass diese weiterhin an den Sitzungen teilnehme, wie auch die anderen. Es sei einfach so, wenn man an Sitzungen anderer Themenkreisen teilnehme – das ginge ja allen so, dass man dadurch eine Bewusstseinsweiterung habe und vielfach dies auch umsetzen könne, was einem vorher gar nicht so bewusst sei.

Frau Müller: Das, was die StadtAG LST in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht habe, seien im Prinzip Fragestellungen gewesen. Da der Arbeitskreis jedoch kein formal beschließender Ausschuss sei, habe der SteA gar nicht anders verfahren können, als dies in die Verwaltung zu geben, um dort eine Stellungnahme zu erhalten. Dies sei das, was sie für den 6.2.14 vorbereitet hätten und die Mitglieder der StadtAG LST vorab auch bekommen hätten. Die StadtAG hätte drei Fragen gestellt: wenn es bereits den Glückspielstaatsvertrag gebe, wieso benötige man dann noch Bebau-

ungspläne, dies habe man versucht, darzustellen, dass es Altfälle und Übergangsfälle gebe, die behandelt würden. Die zweite Frage sei gewesen, welche Bebauungspläne zurzeit mit dem Ausschluss von Vergnügungsstätten belangt seien. Das seien zum einen im Stadtbezirk 1 die Bebauungspläne, bei denen vor allem das Thema Wohnen vorrangig geschützt werden solle. In anderen Stadtbezirken seien es in erster Linie Gewerbegebiete, in denen man möchte, dass Spielhallen und Vergnügungsstätten, die bodenpreisliche/bodenrechtliche Spannungen auslösten, zurückgedrängt würden, damit tatsächlich das Thema Gewerbe und kostengünstige Gewerbeflächen bereitgestellt würden. Das seien die Ausschlüsse für Vergnügungsstätten, nach denen die StadtAG gefragt hätte, in welchen Bebauungsplänen diese seien. Im Moment habe man keine anderen. Dies seien Bebauungspläne, die seit 2010 behandelt würden. Die letzte Frage sei gewesen, inwieweit man Benachteiligungen ausschließen könne. Es sei ganz klar, dass man nur planungsrechtlich arbeite und keine Orientierung und Zielgruppen betrachte. Der Ausschluss gelte für alle Vergnügungsstätten. Es sei kein zielgruppenorientierter Ausschluss. Das Thema Gastronomie sei kein Ausschluss einer Vergnügungsstätte, dies sei völlig klar. Gastronomie sei im Wohngebiet zulässig, genauso wie auf der Severinstraße. Es ginge hier um Lokale, bei denen es besondere Beschränkungen gebe in Bezug auf Einlassbeschränkungen, hohe Kosten, dort, wo sich wie bei Diskotheken ein großes Publikum auf den Straßen stauet, das sei es, wie sich Vergnügungsstätten definierten, es sei die Betriebscharakteristik. Dies sei das einzige, wonach das Bauordnungsrecht und das Planungsrecht beurteilten. Das sei es, was dargestellt worden sei. Die Diskussion im SteA würde der Verwaltung sicher noch einmal Aufträge mitgeben. Es sei ja keine Beschlussvorlage sondern eine Mitteilungsvorlage. Gleichwohl habe der SteA jederzeit die Möglichkeit, Aufträge dazu zu erteilen.

Frau Reker bedankt sich. Das Thema werde beim nächsten Mal noch einmal auf die Tagesordnung genommen. Sie bitte darum, aufkommende Fragen zur Vorlage vorab zu stellen, damit man die Kolleginnen und Kollegen für die Beantwortung vorab informieren könne.

Herr Breite merkt an, dass selbst Trude Herr nach dieser Verfügung ihr Lokal nicht hätte betreiben dürfen, da es auch eine Vergnügungsstätte gewesen sei.

8 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

Herr Siemens weist darauf hin, dass sich die StadtAG LST sehr wünschen würde, Vertreterinnen und Vertreter der internationalen LSBTTI-Community zum CSD 2014, aber auch darüber hinaus in den nächsten Jahren, einzuladen. Beim letzten Mal habe er bereits den Wunsch zum großen Thema finanzielle Mittel im Namen der StadtAG LST geäußert, insbesondere an die Politik. Andreas Wolter habe in der letzten Sitzung sozusagen „Zuständigkeit“ signalisiert. An dieser Stelle möchte er nochmal die Vertreterinnen und Vertreter der Politik fragen, ob es hierzu Neues gebe. Weiterhin hätten die stimmberechtigten Mitglieder den Wunsch an Frau Reker bzw. an Frau Rehberg, die Kolleginnen und Kollegen der Fachstelle zu beauftragen, zu recherchieren, welche EU-Mittel ggf. für die Einladung von Vertreterinnen und Vertreter für das Jahr 2014 und 2015 zur Verfügung stünden.

Frau Reker: Man nehme die Anregung gerne auf.

Herr Wolter: Man habe vor wenigen Monaten einen Termin in der städtischen Fachstelle für LST mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern gehabt, auch mit einem Mitglied des KLuST. Er habe es so in Erinnerung, dass der „Ball“ nun erst einmal im

„Feld“ des KLuST liege, da man sich darauf geeinigt habe, dass man zunächst eine Konzeption benötige, bevor die Politik sich mit dem Thema Finanzen befassen könne. Damit man wisse, welcher Rahmen erforderlich sei, ob es Zuschüsse von der EU gebe etc. Da sei durchaus noch einiges „im Fluss“ bei der Konzeptfindung. Man warte darauf, dass ein konkreter Vorschlag komme. Er habe Frieder Wolf vom Amt des Oberbürgermeisters so verstanden, dass es aufgrund der Haushaltslage und der kurzen Zeit, sowie dem Umstand, dass man einen Doppelhaushalt habe, für 2014 schwierig werde. Besser stünden die Chancen, wenn der Vorschlag jedoch rechtzeitig vor Einbringen des Haushaltes 2015 käme - dieser dürfte am Ende der zweiten Hälfte des Jahres 2014 kommen, nach der Neuwahl des Rates. Seine Türen stünden hierfür weit offen. Man müsse dann eine Mehrheit für den Haushalt finden.

Frau Reker: Man nehme dies auf. Seitens der Verwaltung könne man hierzu heute keine Stellungnahme abgeben. Sie habe es mit der zeitlichen Abfolge auch so verstanden, wie es zitiert worden sei.

9 Anfragen/Anträge

Herr Schuhmacher: Er bringe sein Anliegen unter diesem TOP, weil es keinen Passenderen gebe. Er erinnere daran, dass die StadtAG LST von der Politik beschlossen worden sei und auf deren Wunsch hier sei. Seit vielen Sitzungen bleibe ein Platz immer leer. Ihm als stimmberechtigtes Mitglied sei es wichtig, anzumerken, dass es ihn irritiere, dass die CDU-Fraktion dieses Gremium seit sehr vielen Sitzungen nicht mehr nutze. Er finde dies bedauerlich und es sei ihm wichtig, dies in der Sitzung anzumerken.

Herr Malavasi: Er habe eine Anfrage an die neue Diversity-Leitung im Hinblick auf den Haushalt 2015. Er bitte um eine Beantwortung auf die Frage, mit welchen Budgets für 2015 geplant werde oder ob dies erst für 2016 angedacht sei oder wie dies vorgesehen sei. Die Umsetzung eines Diversity-Konzepts bzw. Diversity-Prozesses koste Geld. Soweit er wisse, werde die erste Verwaltungsvorlage für den Haushalt 2015 bereits bald herauskommen. Hier interessiere ihn, wie dies in der Diversity-Dienststelle oder dem Dezernat gesehen werde.

Frau Reker: Man müsse zunächst ein Konzept haben, damit man wisse, wofür man das Geld gemeinsam ausgeben wolle. Frau Rehberg habe erläutert, dass Eckpunkte erarbeitet und diskutiert würden und in diesen Eckpunkten auch bereits ein finanzieller Vorschlag enthalten sein werde. Hierzu müsse die StadtAG LST natürlich etwas sagen und die Politik müsse letztendlich beschließen, ob es so in den Haushalt komme. Aber dies werde natürlich nicht erst für 2016 passieren.

Herr Malavasi: Er freue sich darüber, insbesondere, dass die Eckpunkte auch finanzielle Gesichtspunkte enthalten würden.

Herr Wolter: Der Rat habe sich in einer Sitzung im letzten Jahr mit dem Thema Wolgograd befasst. Vielleicht könne man einen Sachstand erhalten, ob eine Reaktion aus der Stadt Wolgograd gekommen sei.

Frau Reker: Eine Reaktion aus Wolgograd sei nicht bekannt. Man müsse gemeinsam mit der zuständigen Stelle für Städtepartnerschaften abwägen, wie man damit umgehe.

10 Öffentlichkeitsarbeit

Herr Schuhmacher: Man habe eine Leitlinie vom Presseamt erhalten, wie mit Öffentlichkeitsarbeit umzugehen sei, aus der hervorgehe, man sei für die StadtAG LST nicht zuständig. Dann könne man diesen Tagesordnungspunkt auch von der Tagesordnung nehmen, da die stimmberechtigten Mitglieder die Öffentlichkeitsarbeit selbst machen müssten und dann könne man es auch alleine machen und dies nicht in der Sitzung beschließen. Die Aussage, dann man für die StadtAG nicht zuständig sei und dies auch nicht dürfe, sei auch in der letzten Sitzung deutlich gewesen. Dann werde man dies zukünftig eigenverantwortlich und kreativ selbst übernehmen.

Herr Wolter: Seit der neuen Geschäftsordnung seien die Sitzungen ohnehin öffentlich, was in der alten Geschäftsordnung nicht so gewesen sei. Aus diesem Grund gebe es auch diesen Tagesordnungspunkt. Es bestehe eigentlich kein Grund für dieses Gremium, von der Presse anders behandelt zu werden als jeder Ausschuss. Die Sitzung sei offen, jeder könne berichten, was besprochen werde. Wenn jemand oder eine Gruppe von Leuten eine Pressemitteilung dazu machen wollte, könne dies natürlich jeder tun. Man könne den Tagesordnungspunkt nutzen, um hier abzustimmen, was man eigenständig veröffentlichen wolle.

Frau Reker: So sei es auch bei den Stadtarbeitsgemeinschaften Behindertenpolitik und Seniorenpolitik. Die Pressearbeit werde aus den Kreisen der Mitglieder gemacht.

Frau Scho-Antwerpes: Früher sei dies jedoch anders gehandhabt worden. Erst beim letzten Mal sei der StadtAG LST sehr deutlich von der Verwaltung gesagt worden, dass man dies nicht dürfe. Insofern finde sie den Vorschlag von Herrn Schuhmacher absolut konsequent. Alles, was die StadtAG LST darüber hinaus machen wolle, sei unabhängig davon. Daher könne man den Tagesordnungspunkt leider streichen.

Frau Reker: Sie stimme dem zu, dass es konsequent sei und auch, dass Frau Scho-Antwerpes *leider* streichen sage. Es tue ihr leid, wenn sie die StadtAG auf einen falschen Pfad gebracht habe. Sie finde es sehr schade, dass es politische Gremien in der Stadt gebe, die als Gremien nach außen nicht in Erscheinung träten. Es sei schließlich so, auch wenn man in der Sitzung nicht immer einer Meinung sei, und Dinge diskutiert würden, versuchte man doch, einen Konsens darüber herzustellen, wie diese Themen behandelt würden. Sie finde, dies sei für die Stadtgesellschaft eine wichtige Information, dass nicht nur der Eine oder die Andere dies tue. Sie würde dies auch gerne mit dem Presseamt, vielleicht mit Herrn Timmer, besprechen. Ansonsten sei ihr dies zu wenig. Es sei schade, dass hier Dinge bewegt würden, die so nicht nach außen träten.

Herr Schuhmacher: Er gebe Herrn Wolter recht, man wolle ja etwas kommunizieren. Es gehe ja um wichtige Inhalte. Vielleicht könne man es ja doch für die nächste Sitzung auf der Tagesordnung lassen, aber auch mit der Bitte an die Politik – vielleicht könne ja die Politik der Verwaltung den Auftrag geben, aus den Gremien zu berichten. Oder entscheide dies die Verwaltung alleine?

Herr Breite: Dies könne einzig und allein der Oberbürgermeister tun.

Frau Dr. Blatz: Sie finde es wirklich sehr schade, dass hier in der Stadt etwas passiere, und dies nicht geschlossen als Stadtentwicklung/als Stadtpolitik nach außen komme. Dies möchte sie ganz deutlich sagen. Nichtsdestotrotz stütze sie Herrn Schuhmachers und Frau Scho-Antwerpes Aussage, so wie es aussähe, könnten nur abgestimmte Verwaltungsmeinungen veröffentlicht werden, das sei ein Unding. Die StadtAG LST sei ein politisches Gremium, das von der Stadt eingesetzt worden sei und sie

finde es sehr schade, dass die StadtAG ihre Öffentlichkeitsarbeit selbst organisieren müsse.

Frau Reker: Sie bewege das noch einmal, könne jedoch nicht absehen, mit welchem Ergebnis. Sie werde jedoch berichten. Den Punkt werde man evtl. streichen oder etwas anderes daraus machen.

11 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Frau Reker: In der nächsten Sitzung werde die Vorlage aus 7.1 behandelt, außerdem die Gestaltung des Diversity-Tages am 3.6.2014 und man werde über die dann anstehende Aktion mit dem FC berichten. Außerdem stehe dann die Kommunalwahl an und die Mitglieder der StadtAG würden neu benannt. Die kommende Sitzung am 31.3. sei bereits der letzte Termin vor der Wahl. Das Verfahren der Neubesetzung würde ebenfalls in der nächsten Sitzung thematisiert.

Herr Schuhmacher: Die Geschäftsordnung der StadtAG LST, in der das Verfahren geregelt sei, sei den Mitgliedern noch einmal geschickt worden. Es wäre toll, wenn in der nächsten Sitzung festgelegt würde, in welchem Zeitraster das geschehe.

Herr Rahmfeld: Es werde im Grunde so ablaufen wie beim letzten Mal, man sei nach der Geschäftsordnung auch an Fristen gebunden. Einen Monat nach Ausschreibung müssten die Anträge auf Mitgliedschaft bereits vorliegen. Das Verfahren werde jedoch ausführlich in der nächsten Sitzung erläutert.

Herr Breite: Die letzte Ratssitzung vor der Kommunalwahl sei im April und danach werde es ein halbes Jahr lang keine Ratssitzung geben, nur die Konstituierung des Rates. Außerdem müssten alle Ausschüsse gebildet werden. Eine fachliche Ratssitzung sei erst im September angedacht.

Frau Reker: Dies müsse man für die angedachte Diversity-Veranstaltung im September berücksichtigen. Man müsse hierzu ja einladen. Damit sich nicht alles zu sehr verzögere, schlage sie vor, die bisherigen Mitglieder der StadtAG LST einzuladen und von diesen anregend etwas aufzunehmen.

Herr Schuhmacher: Er würde dies auch vorschlagen. Es stehe Frau Reker als Dezerentin ja frei, die ehemaligen Mitglieder der StadtAG LST zur geplanten Diversity-Veranstaltung einzuladen.

Herr Wolter: Es stehe der StadtAG frei, sich bis Ende Mai zu einer weiteren Sitzung zu treffen. Er habe es so verstanden, dass man zwei konstituierende Sitzungen vor der Sommerpause habe, die nur zwischen dem 24.6. und dem 7.7. sein könnten. Die nächste Sitzung des Rates sei im September. Die sechsmonatige Pause sei nur so lang, weil man die letzte Sitzung Ende März habe. Man könne die Zeit nutzen, um die Vorbereitung der Besetzung Gremien in die Wege zu leiten, damit der Rat die Mitglieder im September dann auch zeitnah bestätigen könne. Dies sei ja Voraussetzung für die Neukonstituierung. Wenn dies schnell erfolge, könne im Oktober die nächste Sitzung der StadtAG LST stattfinden.

Herr Breite: Am 8. April sei die letzte Ratssitzung. Man könne zwar im Mai noch eine Sitzung der StadtAG LST machen, da gebe er Herrn Wolter recht - jedoch sei hier dann der Turnus der Ausschüsse vorbei. Für die Verwaltung könne ein halbes Jahr sehr lang sein und hier wollte man Entscheidung haben und nicht nur Dringlichkeitsentscheidungen. Das habe jedoch mit den Stadtarbeitsgemeinschaften nichts zu tun, da diese immer in den Verfahren mit drin seien. Eine fachliche Ratssitzung finde erst wieder im September statt.

Frau Reker: Sie sei wirklich dankbar für den Hinweis, das müsse man ja mitreflektieren. Sie bedanke sich bei allen für die konstruktive Mitwirkung.

gez. Reker
(Geschäftsführerin)

gez. Rahmfeld
(Fachstelle für LST)